

vbb magazin

9

September 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Kreativität des Sommerlochs

Seite 9 <

An der Zeit,
ein Versprechen
einzulösen ...

Seite 20 <

Sommertheater –
Von Hollywood, USA,
nach Koblenz,
Germany



© Jan Brenner / dbb

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

so manches Mal beschleicht einen das Gefühl, dass sich pünktlich zu parlamentarischen Sommerpause alle, die sich dazu berufen fühlen, auf der Suche nach einem Thema sind, um die vermeintliche inhaltsleere Zeit im Blätterwald mit Themen zu überbrücken, die es später so wohl eher schwer in die Gazetten geschafft hätten. Sommerloch nennt man das wohl landläufig. Und mag das Loch noch so klein sein, es findet sich schon jemand, der mit dem geeigneten Werkzeug dafür sorgt, dass aus dem besagten Sommerloch allerlei Merkwürdigkeiten entweichen können. Vielleicht halten wir es zunächst einfach einmal mit dem deutschen Journalisten Wolfgang J. Reus, dem folgende Aussage zugeschrieben wird: „Sommerloch, Rentenloch, Steuerloch, Subventionsloch, Ideenloch, Kanzlerloch, Arbeitslosenloch, Löcherloch: Wann stürzt der ganze Mist endlich auf Nimmerwiedersehen in ein schwarzes Loch?“ Und fügen wir das Thema der allgemeinen Dienstpflicht gleich hinzu!

Anfang August machten namhafte überregionale Blätter mit einem Thema auf,

das alle schon längst auf dem Weg alles Irdischen wähten: Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen. Angestoßen wurde die sich daraus ergebende Diskussion durch die CDU-Generalssekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, die die Frage Wehrpflicht oder allgemeiner verpflichtender Dienst für Männer und Frauen zu einem Thema für das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) machen will. Und schon sehen wir uns alle in die Jahre 2009 bis 2011 zurückversetzt, als dieses Thema wie ein Gewittersturm über uns hinweggezogen ist und neben dem Aussetzen der Wehrpflicht eine gesamte Wehrersatzorganisation in die Geschichtsbücher dieser Republik verbannt hat. An eine im Vorfeld intensiv geführte Debatte in der Gesellschaft wird sich wohl keiner mehr so recht erinnern können. „Freundliches Desinteresse“ nannte der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler das Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft zu ihrer Bundeswehr einmal. Fehlende Wehrgerechtigkeit und eine grundsätzliche Neuausrichtung der Bundeswehr hin zu einer Einsatzarmee waren seinerzeit die nach außen getragenen Begründungen für das Aussetzen der Wehrpflicht. Wehrgerechtigkeit? Die hatten wir zu keiner Zeit. Oder können Sie sich erinnern, dass jemals alle Jahrgänge komplett eingezogen wurden? Nein, die jeweiligen Auswahlkriterien wurden dem vorher festgelegten Bedarf angepasst. Wer durch das Raster fiel, hatte Glück, der Rest musste einrücken zu einem sich immer weiter verkürzenden Pflichtdienst. Und Änderung der Wehrform wegen sich abzeichnender, höherer Anzahl an Auslandseinsätzen? Karl-Theodor zu Guttenberg, damals Verteidigungsminister und Wegbereiter für das Aussetzen der Wehrpflicht, war damals der Auffassung, dass die Bundeswehr in ihrer seinerzeitigen Struktur an

- > Erstes Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes 5
- > Es ist immer besser, miteinander zu reden, als übereinander 5
- > Neue Bundeswehrdisziplinaranwältin 6
- > Übertragung des Tarifergebnisses 2018 auf die Bundesbesoldung 8
- > An der Zeit, ein Versprechen einzulösen ... 9
- > Hans-Peter Bartels: Den Dienst so attraktiv wie möglich machen – Interview mit der Zeitung „Das Parlament“ 10
- > Die Wiedereinführung der Wehrpflicht – die Lösung aller Probleme? 13
- > Wolfgang Hellmich: Das Tal der Tränen verlassen – Interview mit der Zeitung „Das Parlament“ 14
- > Erfolg beim Trennungsgeld 16
- > Privatisierung des Betriebes von Truppenübungsplätzen vom Tisch 16
- > Urteil zum Rundfunkbeitrag – Interessant für Mitglieder mit Zweitwohnung! 16
- > Sommertheater: Von Hollywood, USA, nach Koblenz, Germany 20
- > Beihilfeanträge digital einreichen 23
- > Bundeswehrfeuerwehr: Rahmenvertrag Bundeswehr – auf Veranlassung des VBB finden nunmehr auch Beratungen bei der Bundeswehrfeuerwehr statt 24
- > VBB-Beamtengruppe im HPR: Besuch des Hauptpersonalrats bei Ministerialdirektorin Barbara Wießalla 25
- > Wissenswertes für Senioren: VBB-Ratgeber für den Ruhestand/ Vorsorgeordner – Bundesgeschäftsstelle meldet Vollzug! 26
- > VBB-Seminare: VBB-Sonderseminar „Work-Life-Balance“ 26
- > Aus unseren Bereichen und Landesverbänden 27
- > Personalmeldungen 35

- > Ausweitung der „Mütterrente“: Keine Ausnahmen zulassen 39
- > 100 Jahre dbb, Teil 2: Selbstfindung nach dem Krieg 40
- > interview Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales 42
- > 100 Jahre dbb, Teil 3: Mit „kleinen Leuten“ zu neuer Kraft 46

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 597 683 (IVW 2/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

ihre Grenzen gestoßen sei und sich zu einer Armee im Einsatz entwickelt habe. Diese Situation erfordere in erster Linie keine große Anzahl von Soldaten, sondern hochprofessionelle Streitkräfte. Wenn diese Bewertung auch heute noch Gültigkeit hat, kann man mit großem Interesse den rhetorischen „salti rückwärts“ entgegensehen. Die Chronistenpflicht gebietet es jedoch, auch darauf hinzuweisen, dass die damalige Entscheidung auch dem Prinzip „Reform nach Kasernenlage“ gefolgt ist. Die Einsparauflagen sollten demnach nur bei gleichzeitiger Änderung der Wehrform möglich sein. Elke Hoff, seinerzeit verteidigungspolitische Sprecherin der FDP und Koalitionspartner von CDU/CSU, sagte anlässlich der ersten Lesung der Gesetzesnovelle: „Es ist in Ordnung, wenn wir auch vom Bundesminister der Verteidigung Einsparungen erwarten.“

Wie dem auch sei, die nächsten Monate werden zeigen, ob dieses Thema nur ein Sturm im Wasserglas gewesen ist oder mit Substanz diskutiert werden wird. Vom politischen rechten bis zum linken Rand sind die Aussagen zumindest schon einmal breit gefächert. Von Ablehnung über wohlwollende Kenntnisnahme bis zur Zustimmung. Für die Bundesregierung stehe die Wiedereinführung der Wehrpflicht nicht zur Debatte, so die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer. Die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, wertet es ähnlich, allerdings begrüße man die aktuelle Diskussion als sehr hilfreich und gut, so ihr Sprecher Jens Floßdorff. Der Koalitionspartner SPD positioniert sich da schon etwas klarer. „Zwangsdienste sind nach europäischem Recht menschenrechtswidrig“, so der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Fritz Felgentreu. Haben Sie sich schon Ihre Meinung gebildet? Vielleicht können die beiden

Interviews, die die Wochenzeitung „Das Parlament“ mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels, und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich (SPD), geführt hat, zu Ihrer Meinungsbildung beitragen. Die Texte finden Sie auf den Seiten 10 bis 14.

Ende Juni dieses Jahres landete ein Vorgang zum Thema Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten im Bundesdienst an die der Tarifbeschäftigten im Posteingang des Verbandes der Beamten der Bundeswehr. Eine Kollegin der Bundesverwaltung hatte eine „Online-Petition“ geschaltet. Die Informationen hierzu waren bedauerlicherweise spärlich. Und die für den gesamten Beamtenbereich überaus bedeutsame Angelegenheit drohte wegen mangelnder Beteiligung im Sande zu verlaufen. Der VBB hat sofort reagiert und mehrmals zu einer Mitzeichnung aufgefordert. Und wir waren mit unseren Aufrufen erfolgreich. Unter tatkräftiger Mithilfe unserer Partnerorganisation im dbb dem vbb haben wir das Ruder herumgerissen und der Petition der Kollegin zum Erfolg verholfen. Mit über 58.000 Zeichnungen wurde das erforderliche Quorum von 50.000 Unterstützern weit übertroffen. Damit wird es im Parlament zu einer Einzelbefassung mit diesem Thema kommen. Wir im VBB verbinden das mit der Hoffnung, dass diese von den beamteten Kolleginnen und Kollegen zu Recht als Ungerechtigkeit empfundene „Zweiklassengesellschaft“ notfalls ein parlamentarisches Ende finden wird. Um diesem Thema auch aus verbandlicher Sicht weiteren Nachdruck zu verleihen, haben wir die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Petitionsausschusses und des Ausschusses für Inneres und Heimat angeschrieben und um parlamentarische Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit

gebeten. Gleichlautende Schreiben wurden ebenfalls an die Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien versandt. Sie können sich darauf verlassen, dass wir in dieser Angelegenheit in unserem Bemühen, um eine einheitliche Arbeitszeit von 39 Wochenstunden für die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr zu erreichen, nicht nachlassen werden. Unser Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Abstimmung zu diesem erfolgreichen Zwischenergebnis beigetragen haben.

Ach, übrigens, was macht eigentlich die „Taskforce“ für das BAAINBw?

Die „Vergatterung“ scheint wohl noch zu halten. Mit den Lastschiffen werden von Koblenz Informationen nach Bonn verschifft, wonach alle Beteiligten unter Androhung disziplinarrechtlicher Konsequenzen bei Zuwiderhandeln zum Stillschweigen über mögliche organisatorische Veränderungen in der Beschaffungsbehörde verdonnert wurden. Wir haben Zweifel, ob das der richtige Weg ist. Mag man noch Verständnis dafür aufbringen, wenn die Verbände und Gewerkschaften nicht zu jedem Zeitpunkt und über jedes Detail in Kenntnis gesetzt werden, ist die Sachlage für die Personalvertretungen differenzierter zu bewerten. Was wir so hören, nimmt der Grad der Verärgerung wegen fehlender Informationen zur Zukunft der Beschaffungsbehörde am Rhein stetig zu. Dabei wäre es gerade für die Personalvertretungen wichtig, zu erfahren, in welche Richtung der Zug fährt. Die Leitung des Verteidigungsressorts sollte eigentlich aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Ohne die erforderliche Transparenz wird es schwierig, für mögliche Veränderungen die Akzeptanz bei den Beschäftigten gleich welcher Statusgruppe zu wecken. Eines ist allerdings im Vergleich zu den Vorjahren auffällig: Das Interes-

se der Politik am BAAINBw, an seinen Beschäftigten und die Bereitschaft, den Diskurs mit den Personalräten zu führen. Das kennt man in Koblenz auch anders. Nicht vergessen sind die Zeiten, als es schick zu sein schien, sich an der Beschaffungsbehörde abzarbeiten und sich dabei in der Verunglimpfung der Beschäftigten zu überbieten. Diese Zeiten scheinen vorbei zu sein. Derzeit geben sich die Politiker und Politikerinnen an Rhein und Mosel die Klinke in die Hand und führen nicht nur mit der Leitung des Hauses Gespräche, sondern auch mit den Personalvertretungen. Das anerkennen und begrüßen wir ausdrücklich. Auffällig ist jedoch, dass sich in den Reihen derer, die Interesse an Amt und Personal zeigen, zwar naturgemäß die Opposition vertreten ist, aus der Regierungskoalition bisher aber nur Vertreter der Sozialdemokraten vor Ort waren. Die „C-Parteien“ haben sich bisher vornehm zurückgehalten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Aus meinen letzten Gesprächen mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Helge Braun, und dem Leiter der Ausrüstungsabteilung, Vizeadmiral Carsten Stawitzki, will ich an dieser Stelle gerne noch einmal eine Grundposition unseres Verbandes bekräftigen. Bei allen Überlegungen für eine Organisationsstruktur sollte eines zwingend gelten: Solange nicht mit einem überproportionalen Anteil die Gewissheit besteht, dass mit den angedachten Veränderungen das angedachte Ziel einer schnelleren Versorgung der Streitkräfte mit Wehrmaterial erreicht werden kann, sollte man tunlichst die Finger von organisatorischen Umwälzungen lassen. Optimierung geht immer noch vor Privatisierung.

Herzlichst

Ihr



Wolfram Kamm

Erstes Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes

Zu einem ersten Gespräch mit dem neuen Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Helge Braun, traf sich der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, am 18. Juli 2018 in Berlin.

Neben dem persönlichen Kennenlernen nutzte der Bundesvorsitzende das Gespräch, um Dr. Braun über die aktuellen Themen auf der Agenda des VBB zu informieren. Dazu zählt ohne Frage derzeit die möglichen organisatorischen Veränderungen im Bereich der Rüstungsbeschaffung. Wolfram Kamm legte dar, dass die Privatisierungen der Vergangenheit fast ausnahmslos gescheitert seien (siehe zum Beispiel HIL, LHBekleidung). Bevor man sich dem Gedanken von Organisationsprivatisierungen nähert, sollten zuerst die nicht organisatorischen Rahmenbedingungen verändert werden, wie beispielsweise eine Modifizierung des nationalen und europäischen Vergaberichts. Dr. Braun betonte, dass mit der Abkehr von den starren Obergrenzen bei Material, Personal

und Haushalt ein Schritt in die richtige Richtung getan sei. Darüber hinaus müsse allerdings auch geprüft werden, ob jeder Staat in der NATO sein eigenes Waffensystem beschafft oder eine stärkere, gemeinsame Projektierung nicht sinnvoller sei. Obwohl Dr. Braun nach eigener Aussage ein Anhänger der Wirtschaftswissenschaften sei, betonte er in Bezug auf die Organisationsstruktur im Bereich der Äußeren Sicherheit seine Sympathie für öffentlichrechtliche Strukturen.

Zur Wahlmöglichkeit zwischen Umzugskosten und Trennungsgeld sieht der Chef des Bundeskanzleramtes die erzielte Lösung als durchaus positiv und erwartet eine zeitlich unbefristete Fortführung analog der derzeitigen Regelung.

Von ebenso großer Bedeutung ist für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr eine Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit an die der Tarifbeschäftigten. Hier sei es – so Wolfram Kamm – an der Zeit, dass die Politik ihr Versprechen einer Rückführung der wö-



> VBB-Bundesvorsitzender Wolfram Kamm im Gespräch mit Bundesminister Dr. Braun, Chef des Bundeskanzleramtes.

chentlichen Arbeitszeit einlöse. Dr. Braun sagte eine Begleitung bei diesem Thema zu.

Zum Abschluss sprach der Bundesvorsitzende die aus Sicht des Verbandes überdenkswerten Entscheidungen zur statusfremden Besetzung von Spitzendienstposten im Bundesministerium der Verteidigung und dessen

Geschäftsbereich an. Hier werde leichtfertig der bewährte Grundsatz der immer noch sinnvollen und richtigen Trennung von Streitkräften und Verwaltung aufgegeben. Damit einher ginge der Verlust von Karrierechancen für den höheren Dienst.

Weitere, anlassbezogene Gespräche wurden vereinbart. ■

Es ist immer besser, miteinander zu reden, als übereinander

Wer mag diese Aussage des neuen Leiters der Ausrüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Vizeadmiral Carsten Stawitzki, ernsthaft bezweifeln. Diese Aussage belegt aber auch, dass dem neuen Abteilungsleiter die kritische Haltung des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) zu militärischen Beset-

zungen von vormals durch zivile Kolleginnen und Kollegen wahrgenommenen Spitzenfunktionen nicht gänzlich unbekannt ist.

Es gehört, so der Bundesvorsitzende Wolfram Kamm, im Rahmen eines ersten Gespräches, ganz einfach zu den „herge-

brachten Grundsätzen“ der verbandspolitischen Überzeugungen des Verbandes, unabhängig von den jeweils han-



delnden Personen und der politischen Großwetterlage auf den Kernbestand einer sachlichen begründeten Trennung zwischen Streitkräften und Bundeswehrverwaltung hinzuweisen. Für den neuen Wirkungskreis des ALA bat der Bundesvorsitzende, mögliche

organisatorische Veränderungen mit der größtmöglichen Transparenz gegenüber den Beschäftigten des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) anzusprechen. Nach allen Veränderungen der letzten Jahre ist es

nur zu verständlich, wenn die Frage nach der eigenen beruflichen Zukunft die originären Aufgaben überlagert. Dem kann man nur mit einer Informationsoffensive begegnen. Herr Stawitzki betonte hierzu die völlige Übereinstimmung und berichtete von seinen Besuchen bei den Ortsdienststellen im Rahmen seiner „Sommerreise“. Auch hier seien zwei Themen zentral gewesen: Organisation und Beschaffung auf der einen Seite und zum Zweiten die neu in Kraft gesetzte Personalentwicklungskonzeption (PE). Nach seiner Wahrnehmung sind gerade die Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes, mit denen er gesprochen habe, zufrieden über die Regelungen. Der VBB, so Wolfram Kamm, habe einer PE für den mittleren Dienst gegenüber aus Gründen der Praktikabilität und mangels fehlender Spitzdienstposten eher eine abwartende Haltung eingenommen. Wenn sich in der Zukunft die positive Wahrnehmung des ALA bestätigen würde, würde der VBB auch seine Auffassung revidieren.

Darüber hinaus sei nach Auffassung des VBB eine gezielte Nachwuchsgewinnung gerade für den gehobenen technischen Dienst mehr als über-

fällig. Hier müsse durch finanzielle Anreize wie Personalgewinnungs- und -bindungszuschläge oder einer Technikerzulage die Attraktivität des technischen Dienstes im öffentlichen Dienstes bei der Bundeswehr gesteigert werden. Neben einer Forcierung der Durchlässigkeit der Laufbahnen müssten gezielte Werbeoffensiven gestartet werden, um das „Personalfehl“ schnellstmöglich zu beheben. Dabei sei es aus Sicht des VBB ein völlig untaugliches Mittel, die Personalgewinnungsorganisation aus dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) herauszulösen und direkt dem BMVg zu unterstellen.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der „Taskforce“ zur Überprüfung der Organisationsstruktur des BAAINBw erneuerte der Bundesvorsitzende einen Vorschlag, den er bereits der vormaligen Staatssekretärin *Dr. Suder* unterbreitet habe, weiter zu verfolgen: Eine institutionalisierte informelle Beteiligung von Verbänden und Gewerkschaften im weiteren Verfahren nach Vorlage der Ergebnisse der „Taskforce“ an die Bundesministerin der Verteidigung, Frau *Dr. Ursula von der Leyen*.

Neue Bundeswehrdisziplinaranwältin

In einem feierlichen Festakt im Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat Staatssekretär *Hoofe* Frau *Martina Rosenberg* zur Bundeswehrdisziplinaranwältin ernannt.

Zu den Gratulanten gehörte auch der VBB, vertreten durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden *Klaus-Peter Schäfer*.

Wir wünschen der Kollegin alles Gute und Fortune bei dieser verantwortungsvollen, für die Rechtspflege der Bundeswehr so wichtigen Aufgabe.

